



Beschluss

TOP I.14 Respektvoller Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justiz

Berichterstatter: Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen

1. Die Justizministerinnen und Justizminister beobachten mit großer Besorgnis, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz in ihrer täglichen Arbeit zunehmend Anfeindungen, Beleidigungen, unberechtigten Schadensersatzforderungen und ernstzunehmenden Bedrohungen bis zu körperlichen Übergriffen ausgesetzt sind, die von Beteiligten ausgehen, die mit der Durchführung, dem Verlauf oder Ausgang staatlicher Gerichtsverfahren unzufrieden sind.
2. Sie stellen fest, dass im Bereich der Justiz, deren Verfahren für die Beteiligten von großer persönlicher oder existenzieller Bedeutung sein können, ein erhöhtes Gefahrenpotential für alle an den Entscheidungen und deren Umsetzung beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besteht.
3. Sie vereinbaren eine Fortsetzung des Informationsaustausches über Maßnahmen, die die Länder ergriffen haben, um ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Umgang mit problematischen Beteiligten zu schützen und zu unterstützen.